

ÖDP Rede Klaus Mrasek PolAschM Landshut 01.03.2017

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Ökologisch-Demokratischen Partei ÖDP,
ich darf Sie ganz herzlich zum diesjährigen politischen Aschermittwoch hier in
Landshut begrüßen.

Antritt zur Bundestagswahl:

Liebe Parteifreunde, mit der Bundestagswahl beginnt für die ÖDP Bayern ein
Wahlmarathon. Bis 2021 haben wir jedes Jahr eine Wahl zu bestreiten. Das ist für
uns als Partei der Ehrenamtlichen eine echte Herausforderung. Umso mehr freut es
mich, dass die ÖDP Bayern die Bundestagswahl mit Elan angeht. Das beweist
bereits die Anzahl der Direktkandidaten. Wir treten in 40 von 46 Wahlkreisen mit
Direktkandidaten an und der eine oder andere Kandidat wird sicher noch dazu
kommen.

Liebe Parteifreunde, wir werden wieder einen Bundestagswahlkampf erleben, in dem
die beiden wichtigsten Aufgaben der Politik keine Rolle spielen werden. Diese beiden
wichtigsten Aufgaben sind die ökologische Stabilisierung unseres Planeten und
damit in engem Zusammenhang die gesellschaftliche Stabilisierung. Dafür bleibt uns
ein Zeitfenster von ca. 20 Jahren. Wie in allen zurückliegenden Jahrzehnten wird die
Konkurrenz bedauerlicherweise keine Kapazitäten haben, diese Aufgaben in den
Mittelpunkt des Wahlkampfes zu stellen, weil zuerst tagespolitische Fragen behandelt
werden müssen. Der Wahlkampf wird also um die innere Sicherheit und die
Flüchtlinge kreisen. Wir müssen die Chance nutzen, uns mit unserer Themensetzung
davon abzugrenzen. Unser Ziel ist eine ausschließlich am Gemeinwohl orientierte
Politik zusammengefasst in den Satz „Mensch und Planet vor Profit!“. Und das gilt für
uns nicht nur innerhalb unserer eigenen Gesellschaft, sondern auch für unsere
Beziehungen zu anderen Staaten. Aus diesem Ziel folgen unsere Forderungen. Wir
fordern die Gemeinwohlökonomie – das ist übrigens die Verfassungslage. Sowohl
das Grundgesetz als auch die Bayerische Verfassung enthalten die
Gemeinwohlökonomie. Inhaltlich gehören dazu unsere Steuerreform für Arbeit und
Umwelt, die Finanztransaktionssteuer, keine steuerliche Privilegierung von
Kapitaleinkünften und die Besteuerung von Unternehmen nach ihrer
Gemeinwohlbilanz. Fairhandel statt schrankenlosem Freihandel, gemeinsam mit dem
Waffenexportverbot die wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der
Fluchtursachen. Deshalb lehnen wir die sogenannten Freihandelsabkommen CETA,
TTIP und TiSA ab. Eine am Gemeinwohl orientierte Politik muss den Lobbyismus
einschränken und endlich Firmenspenden an Parteien verbieten. Ökologische
Stabilisierung des Planeten heißt vor allem die Überhitzung des Planeten zu
verhindern, raus aus der Kohleverbrennung bis 2023 – herzlichen Dank an die ÖDP
München für ihr Bürgerbegehren „Raus aus der Steinkohle!“, 100 Prozent
Erneuerbare Energien in allen Sektoren und keine Ausweitung des Flugverkehrs. In
Europa muss der Grundgedanke für die Zusammenarbeit wiederbelebt werden – die
Abkehr vom lebensgefährlichen Irrweg des Nationalismus, der die Völker Europas in
der Vergangenheit in Krieg und Elend gestürzt hat. Und wir dürfen Hass und Gewalt

nicht hinnehmen – gerade die verbale Radikalisierung in den (a)sozialen Netzwerken muss konsequent geahndet werden.

Aktuelles aus der Politik:

Liebe Parteifreunde, Sie erinnern sich sicherlich noch an die erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative EBI gegen die Privatisierung der Trinkwasserversorgung. Aktuell haben verschiedene Verbände eine EBI angestoßen, die von der Bedeutung her mit der Trinkwasser-EBI vergleichbar ist. Es geht um die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat. Hintergrund ist die Ende 2017 anstehende Entscheidung, Glyphosat weitere 10 bis 15 Jahre zuzulassen. Es geht nicht nur um den (noch nicht endgültig bewiesenen) Zusammenhang mit Krebserkrankungen beim Menschen – allein ein solcher Verdacht müsste aus Gründen der Gefahrenvorsorge zum Verbot von Glyphosat führen – es geht vor allem auch um die drastischen Angriffe auf die Artenvielfalt in Flora und Fauna. 2012 wurden allein in Deutschland 6.000 Tonnen Glyphosat abgesetzt. Im 21. Jahrhundert ist der Einsatz eines solchen Totalherbizids nicht mehr akzeptabel – wir haben schon zu viele Arten verloren. Weitere Informationen finden sich auf der Homepage der EBI, einfach EBI Glyphosat in die Suchmaschine eingeben. Meine Damen und Herren, bitte unterstützen Sie diese Aktion, informieren Sie die Bürgerinnen und Bürger darüber. Bis Ende Juni sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden, aktueller Stand ca. 275.000.

Von Glyphosat zur Landwirtschaft allgemein ist es ja nur ein kleiner Schritt. Keine Angst, ich habe jetzt keine neue Bauernregel zum Glyphosat formuliert. Momentan läuft ja bayernweit die organisierte Entrüstung von BBV, CSU und JU zu den neuen Bauernregeln von Frau Hendricks. BBV, CSU und JU – das sind genau die Organisationen, die die Existenzkrise der bäuerlichen Familienbetriebe durch ihre völlig verfehlte Agrarpolitik zu verantworten haben. Zum Glück kommt da die Kampagne von Frau Hendricks daher und man kann mit voller Inbrunst Krokodilstränen über die verfolgte Unschuld Landwirtschaft vergießen. Liebe Bäuerinnen, liebe Landwirte, hütet Euch vor falschen Freunden, die Euch über Jahrzehnte in die falsche Richtung getrieben haben. Die ÖDP Bayern bietet der Landwirtschaft die Hand mit einem klaren Angebot: Existenzsichernde Bezahlung für Gemeinwohlleistungen an Boden, Grundwasser und Artenvielfalt! Im Gegenzug Befreiung vom „Wachsen oder Weichen“-Zwang, keine Weltmarktkonkurrenz, keine neuen Absatzmärkte in China usw. Unser ÖDP-Konzept würde die Lage für alle verbessern; für die bäuerlichen Familienbetriebe, für die Verbraucher, für die Nutztiere, für die Artenvielfalt, für das Grundwasser – unser Konzept ist im besten Sinne ein Gemeinwohlkonzept.

Liebe Parteifreunde, demnächst steht im Landtag die Entscheidung zum Landesentwicklungsprogramm an – es darf nicht zur Landeszerstörungsprogramm deformiert werden. Falls der von „Heimatminister“ Söder betriebene Wegfall des Anbindegebots in Kraft tritt, wird sich die Zerstörung unserer bayerischen Heimat nochmals beschleunigen – die Grenzen zwischen Siedlungsbereichen und der freien Landschaft werden sich endgültig auflösen, ein Siedlungsbrei ohne Anfang und ohne Ende wird sich entwickeln. Wir haben ja in vielen Kommunen Anträge zu der vorgeschlagenen LEP-Änderung eingebracht, die in vielen Fällen erfolgreich waren. Quer durch (fast) alle Parteien wurde erkannt, dass diese Konkurrenzsituation, in die die Kommunen dadurch getrieben werden, in keiner Weise günstig ist. Vor der

Abstimmung müssen wir nochmals Druck aufbauen und auf die unabsehbaren Folgen dieses Dammbrochs hinweisen.

Nochmals zurück zu Frau Hendricks und ihren neuen Bauernregeln. Frau Hendricks, bitte nehmen Sie ihre Kampagne zum Naturschutz wieder auf, allerdings nicht mit neuen Bauernregeln, sondern mit neuen Politikerregeln. Ich erlaube mir schon einmal ein paar Textvorschläge:

Minister Söder hätte gern,
Bayern als Logistik-Stern:
Die Wiese mit Beton begossen,
asphaltiert und voll erschlossen.
Bald ist alles Autobahn:
Dank Söder-Dobrindt-Wachstumswahn.

Schreibt das Gesetz ein Lobbyist, wird das Gemeinwohl oft vermisst!

Konzerne spenden dreist und dreister, da freut sich der Parteischatzmeister!

Wenn Konzerne kräftig spenden, droht dem Gemeinwohl das Verenden.

Die Erde liegt im Fieberkrampf, dank Schmutzig-Strom aus Kohledampf!

Und einen habe ich noch und den hat sich Verkehrsminister Dobrindt redlich verdient:

Der Feinstaub gibt uns bald den Rest, weil Dobrindt jeden fahren lässt!

Und noch eine Anregung, Frau Hendricks. Binden Sie die Bevölkerung ein – Sie werden staunen, welche kreativen Vorschläge Sie im Land der Dichter und Denker erhalten werden!

BayernLB fördert die Überhitzung des Planeten:

Die Bayerische Landesbank beteiligt sich an der Finanzierung der "Dakota-Access"- und an der "KeystoneXL"-Pipeline. Diese Projekte wurden vom ehemaligen Präsidenten Obama gestoppt, weil sie durch sensible Naturschutzgebiete und durch Zonen religiöser Bedeutung indigener Menschen in Nordamerika führen. Außerdem sind diese Projekte problematisch, weil sie vor allem dem Transport von kanadischem Schieferöl nach Süden bis zum Golf von Mexico dienen. Kanadisches Schieferöl ist eines der schmutzigsten und klimaschädlichsten Produkte im Spektrum fossiler Energieträger. Der neue US-Präsident Donald Trump hat unmittelbar nach seinem Amtsantritt das Projekt wieder in die Gänge gebracht. Da Trump den von Menschen verursachten Angriff auf die Stabilität des Erdklimas leugnet, verwundert diese Entscheidung kaum.

In Bezug auf das finanzielle Engagement der BayernLB drängen sich folgende Fragen förmlich auf: Warum engagiert sich die Landesbank für den Transport von klimaschädlichem, kanadischem Schieferöl durch ganz Amerika? Ist die Klimaschutzstrategie der Landesbank nur geheuchelt?

Die Bayerische Landesbank brüstet sich auf ihrer Internetseite mit einer sogenannten "Klimaschutzstrategie", die mit dem folgenden Satz eingeleitet wird:

"Dem Klimaschutz gilt unsere besondere Aufmerksamkeit."

Die Bank behauptet, am Standort München bereits seit 2008 klimaneutral zu arbeiten und CO₂-intensive Energieträger ersetzen zu wollen. Gleichzeitig beteiligt sich die Bank am anderen Ende der Welt mit einem Milliardenprojekt daran, die Überhitzung des Planeten nach Kräften zu beschleunigen. Dieses umweltfeindliche Vorhaben ist übrigens nicht der erste energiewirtschaftliche Sündenfall der Landesbank. Vor Jahren hat das Geldinstitut des Freistaates einen Milliardenkredit an die Betreiber des tschechischen Atomkraftwerks in Temelin gewährt.

Ich habe dem Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Gribl und weiteren Mitgliedern des Aufsichtsrates der Bayerischen Landesbank einen Brief geschrieben und sie aufgefordert, gegen die Finanzierung des umstrittenen Pipeline-Projekts in Nordamerika aktiv zu werden. Der angekündigte Verzicht auf eine Anschlussfinanzierung reicht nicht aus, die BayernLB muss sofort aus der Finanzierung aussteigen. Die Devise muss lauten: BayernLB raus aus dem Pipeline-Projekt!

Korruptionsskandal in Regensburg:

Liebe Parteifreunde, der Korruptionsskandal in Regensburg erschüttert das Vertrauen in die Politik. Seit dem 18. Januar sitzen OB Wolbergs und Immobilienunternehmer Tretzel wegen Korruptionsverdachts in Untersuchungshaft. Bundesweite Schlagzeilen waren die Folge, die Politikverdrossenheit dürfte in Regensburg neue Höchststände erreicht haben. Und wie üblich werden dann alle über einen Kamm geschoren – alle Politiker sind gleich, alle Parteien sind gleich. Und genau das sind sie nicht. Ich gratuliere unseren Parteifreunden in Regensburg, insbesondere unseren Stadträten Astrid Lamby, Benedikt Suttner und Jockl Graf zu ihrer konsequenten Haltung. Sie haben sich nicht in die Wolbergs-Koalition einbinden lassen. Lieber Benedikt, ich gratuliere Dir zu Deinem Auftritt in der Fernsehsendung „Jetzt red i“. Dort hast Du Dir gegen den Moderator das Rederecht erkämpft und dann die entscheidenden Forderungen gestellt: Vier-Augenprinzip bei allen Vergaben, Offenlegung aller Firmenspenden, Verbot aller Firmenspenden, da eine Firma kein Mitglied einer Partei sein kann, eine Firma nicht gewählt werden kann und eine Firma immer dem Unternehmenswohl und eben nicht dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Deinen Beitrag kann man in der BR-Mediathek jederzeit anschauen, ab Minute 30 der Aufzeichnung wird's interessant.

Liebe Parteifreunde, uns geht es losgelöst vom konkreten Fall in Regensburg um etwas Grundsätzliches. Schauen Sie sich das Bild an, das auf einem CDU-Parteitag aufgenommen wurde. Dort sind die „Partner“ der CDU aufgeführt, die sich ihre „Partnerschaft“ sicher etwas haben kosten lassen. So eine Aufstellung von Partnern werden Sie bei der ÖDP nicht finden. Beim LHA haben wir gemeinsam mit den Regensburger Parteifreunden unsere Großflächenplakataktion vorgestellt. Die beiden Plakattafeln befinden sich sinnigerweise an der Franz-Josef-Strauß-Allee in unmittelbarer Nähe des „Tretzel-Stadions“. Die ÖDP kämpft seit ihrer Gründung für eine saubere Trennung von Politik und Wirtschaft. Gerade die Vorkommnisse in Regensburg zeigen, wie dringend notwendig ein Verbot von Firmenspenden an Parteien ist. Wir fordern, dass die strengen Regeln der Korruptionsprävention für die Verwaltung und die Justiz auch für die dritte Staatsgewalt, die Gesetzgebung, gelten! Der Korruptionsskandal in Regensburg ist ein Weckruf, das Grundübel Firmenspenden an Parteien endlich gesetzlich zu verbieten.

Liebe Parteifreunde, der Korruptionsskandal in Regensburg ist eine ernste Angelegenheit, trotzdem oder gerade deswegen darf man den Humor nicht verlieren. Das hat sich vermutlich auch OB Wolbergs gedacht, als er die Regensburger Antikorruptionsrichtlinie angestoßen hat. Daraus möchte ich Ihnen den Leitfaden für Führungskräfte vorstellen:

Anlage 4

Leitfaden für Führungskräfte gegen Korruption. Führungskräfte haben Vorbildfunktion für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es zählt zu den Führungsaufgaben, Korruptionsgefahren entgegenzuwirken und korrupte Verhaltensweisen aufzudecken. Der vorliegende Leitfaden soll Sie in Ihrer Führungsfunktion unterstützen; er zeigt Einfallstore für Korruption auf und gibt Hinweise für das verantwortungsbewusste Verhalten von Vorgesetzten.

1.

Werden Sie sensibel für Korruption. Prüfen Sie ernsthaft, ob es Korruption in Ihrem Bereich geben könnte.

2.

Machen Sie Ihre persönliche Ablehnung gegen Korruption deutlich.

3.

Bilden Sie sich zum Thema Korruptionsprävention fort. Machen Sie sich mit Motiven für korruptes Verhalten, den Erscheinungsformen der Korruption, den rechtlichen Konsequenzen sowie Präventionsmaßnahmen vertraut.

4.

Wenden Sie die Regeln für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch für sich selbst konsequent an.

5.

Hinterfragen Sie kritisch alle „Privilegien“, die Sie haben.

6.

Sensibilisieren Sie Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bezug auf Korruptionsgefahren und weisen Sie sie auf das richtige Verhalten in Korruptionssituationen hin. Stärken Sie das Problem-, Verantwortungs- und Unrechtsbewusstsein.

7.

Die Korruptionsbekämpfung erfordert eine aufmerksame und konsequente Dienst- und Fachaufsicht.

8.

In besonders gefährdeten Arbeitsgebieten erfordert Korruptionsprävention auch eine erhöhte Fürsorge für Ihre Mitarbeiter.

9.

Achten Sie auf eine klare Festlegung der Entscheidungsspielräume.

10.

Handeln Sie bei Verdacht auf Korruption konsequent und sofort.

Vorstellung unseres Gastredners Rainer Stadler:

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
für die ÖDP ist Familie kein Auslaufmodell! Wir treten dafür ein, die familiäre Betreuung von Kindern, aber auch die familiäre Pflege und Begleitung von behinderten und betagten Menschen durch ein sozialversicherungspflichtiges

Familiengehalt als wertvolle Leistung für die Gesellschaft anzuerkennen. Ohne Familie ist kein Staat zu machen!

Gastredner für den politischen Aschermittwoch 2017 ist der Journalist und Autor Rainer Stadler. In seinem Buch „Vater Mutter Staat – wie Politik und Wirtschaft die Familie zerstören“ beschreibt Rainer Stadler eindringlich, was unter „familienfreundlicher Politik“ seit einigen Jahren von Politikern jeder Couleur betrieben wird – Fremdbetreuung von Kindern vom ersten bis zum achtzehnten Lebensjahr – und zwar flächendeckend und idealerweise ganztags, damit beide Elternteile ganz für die Vollzeiterwerbstätigkeit zur Verfügung stehen. Aber ist damit dem Wohl der Familien wirklich gedient?

Noch ein paar Informationen zu seiner Person. Rainer Stadler wurde 1967 in Ingolstadt geboren, studierte Informatik und absolvierte die Journalistenschule in München. Er arbeitete als freier Journalist und Auslandskorrespondent (Los Angeles) und schrieb u. a. für die Süddeutsche Zeitung, den Focus und den Spiegel. Seit 2001 ist er Redakteur beim SZ-Magazin. Rainer Stadler ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Lieber Rainer Stadler, wir freuen uns auf Ihre Ausführungen!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

F.d.R.
Klaus Mrasek